

Zum bayerischen Volksbegehren gegen Studiengebühren:

Berlin (ots) - Gewiss kann man darüber diskutieren, ob es gerecht ist, dass für einen Kitaplatz und eine Meisterausbildung Geld gezahlt werden muss, für ein Studium aber nicht. Doch genau diese Debatte haben jene Politiker hintertrieben, die die Gebühren in ihren Ländern überstürzt einführten. Ohne bundesweite Regelung. Ohne funktionierende Stipendiensysteme. Sie stürzten in ein föderales Abenteuer, das nach hinten losging. Und das nun für die Universitäten teurer wird als jemals befürchtet.

~

Rückfragehinweis:

Berliner Zeitung

Redaktion

Telefon: +49 (0)30 23 27-61 00

Fax: +49 (0)30 23 27-55 33

bln.blz-cvd@berliner-zeitung.de

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/DE100787/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0296 2013-01-31/16:47

311647 Jän 13

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130131_OTS0296